

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlicher Grundpreis 10 Pfennig
mal Schlüsselzahl des Börsenvereins deutscher Buchhändler zu Leipzig

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Käsestraße 16
Hörnlestrasse Nr. 8800 — Postgeschäftsstelle Stuttgart Nr. 6303

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen

Worum es geht

Das aus tausend Wunden blutende Deutschland ist aus neuer in einen Krieg gestürzt. Das Heer ist mobilisiert. Es befindet sich mit Kanonen, Maschinengewehren und Feldtischen auf dem Marsch. Der liebliche Ton der Kaserne scharrt wieder in den Gassen. Fast jede Stunde bringt eine Besenkundmachung: Ich verordne...! Ich befehle...! Ich...! Ich...! Sonnenkönige in Westentaschenformat mit scharfer Stimme und Feldwebelsberstand über ihre Talente wie einst im wilhelminischen Mai. Heeresberichte erscheinen wieder. Eine Anzahl Nicolai besorgt das Kleingedrängte der Kriegspropaganda. Die Hälfte der Wehrmacht steigt in Sachsen. Dort hat sie die nerlassungsmäßige Regierung abgesetzt, in Freiburg eine Schlacht geschlagen, dabei zwei Dutzend Menschen getötet, noch viel mehr verwundet und Gefangene gemacht. Und das ist anscheinend nur der Anfang. In der thüringischen Südgrenze werden patriotische Jünglinge hauptsächlich zu weiteren Kampfverbänden formiert. Vor deren Ausbruch zu kriegerischen Taten ist man keinen Tag sicher. Den Lärm der Waffen überdröhnen die Schreimachinen der großkapitalistischen Patrioten. An der Geschäftigkeit ihrer Schreibmaschinen ist zu erkennen, daß es sich für sie um große Dinge handelt. In einem fort wird von den Rottwendigkeiten dieses Krieges geredet und von schändlichen Missstater und teuflischen Absichten des Feindes berichtet.

Der Feind ist nun nicht mehr die „beutegeierige Entente“, auch nicht der „hinterhältige Erbfeind“, sondern der Marxismus. Die Marxisten werden jetzt als die Urheber des nationalen Unglücks, als die Verbrecher des Vaterlandes, als die Störer von Ruhe und Ordnung erklungen. Erst mügten diese Feinde besiegt und vernichtet sein, ehe sich das deutsche Volk der Sonne des Glücks und deronne ungefährter Behaglichkeit erfreuen könne. Der Unsin ist einfach hahnenbüchig. Aber so muß er sein, soll er im Volle der Dichter und Denker starke Anhang finden. Unter: Krieg dem Marxismus! kann sich der Philister billigeres Gesäß, der Bauer noch höhere Buchpreise, der Bürotrottel die halbherige Verächtlichkeit, der Bourgeois neue Gelegenheit zu faulsem Leben und reicher Beute vorstellen. Der Unsin fetzt die denksaue Massie an die Fahne der Urheber und Begründer des Krieges. Und das ist das Ziel der unsinnigen Kriegslosung.

Also der Marxismus ist der Feind und den Marxischen gilt der Krieg auf Leben und Tod. Die Marxisten das sind die Arbeiter, die 1914 die Künste schwerten und vier Jahre lang Leben, Gesundheit und Wohlfahrt opferten, das sind die Leute, die acht Monate lang die schwerste Last des Widerstandes an der Ruhr trugen, das sind die Gemeindeschäfer, die in Ost und West und furchtlos wieder im Rheinland die Sonderbündler mit blutigen Köpfen heimschickten. Die Marxisten wurden in den Augusttagen von 1914 und im Januar 1923 von derselben Presse, die heute ihren Geifer gegen sie verspricht, wegen ihrer vaterländischen Gesinnung und Opferwilligkeit überchwänglich gefeiert und ihnen sonst keine Verhöhnung und der ewige Danz des Vaterlandes verheißen. Damals hat es unter der Arbeiterschaft nicht wenige gegeben, die den Heuchelten der kapitalistischen Preise glaubig lauschten, ja einige taten noch ein Übriges. Sie erklärten sogar zugunsten ihrer verhafteten Ausbeuter den Streik und marschierten bis nach Mainz, um die freigebornen Witzen damals hier der proletarischen Einheit schmerindustriellen Tauf noraus. Den Arbeitern wurde es auch dieses Mal gehen wie dem Hunde der irischen Feiertags, der, nachdem er den Karren aus dem Kreis gezogen hatte, einen Tritz bekam und Gras freien musste. So ist es denn auch tatsächlich gekommen. Jetzt wird den guten dummen Arbeitern blutige Fehde von der nämlichen Söchti angelegt, für die sie im Weltkrieg wie im Kriegskrieg letzten Endes kämpften und litten. Und während sich die Arbeiter, die nun als Feinde des Vaterlandes ausgeschrieben werden, noch unter den Folgen des Kriegskrieges winden, sind Schwerindustrielle, die hochgedachten Patrioten, schon beim Geschäftsmachen mit dem „Erbfeind“, ja suchen sich sogar seiner Hilfe für die Befreiung des deutschen Achtstundentags zu verschaffen. So wird der deutschen Arbeiterschaft der Tauf für die Dienste für ihr Land und ihre Kapitalistenklasse abgestattet. Es ist schmerzindustrieller Tauf.

In dieser schicksalschweren Stunde gilt es für die Arbeiterschaft klar zu sehen, worum es bei dem neuen Feldzug eigentlich geht, dann fühl zu bleiben und sich unter keinen Umständen provoziert zu lassen. Die Reaktion braucht Krawalle und Verwirrung, um ihr Spiel zu gewinnen.

Dieser Feldzug gilt der Arbeiterschaft. Gegen den Rest ihrer Rechte und revolutionären Errungen schaften wird der Krieg geführt. Mit der Niederlage im Weltkrieg hat die deutsche Kapitalistikkasse die Ausübung auf Gewinnmöglichkeit im Auslande verloren. Der Kriegskrieg hat jedoch alles, was der Staat und das arbeitende Volk an Kredit und Besitz besaßen, der Schicht mit weitem Gewissen und noch weiteren Taschen gebracht. Da nun mit dem Kriege gegen den Feinde schlechterdings nichts mehr einzubringen ist, wird mit einem Feldzug gegen den inneren Feind, gegen die eigene Arbeiterschaft ver sucht, den Gewinnzug zu verlängern. Diese soll mehr Werte schöpfen, damit wieder mehr zum Erneigner da ist. Dem stehen nun aber vorderhand noch einige Hemmnisse, unter anderem der Achtstundentag entgegen. Daher der Sturm gegen den Achtstundentag und die Furt gegen alles, was die Vermehrung der Ausbeutungsfreiheit hindert.

Als der bohrische Generalstaatskommissar v. Rath den Krieg gegen den Marxismus eröffnet hatte, ließ er eine Verordnung ergehen, die Strafen und Auspeilungen unter Androhung von schweren Freiheitsstrafen, ja selbst der Todesstrafe verbietet. Beigemessen sich die Industriellen, die Teuerung durch Lohnzugestände auszugleichen, so ist es dem Arbeiter durch Gefängnis und Galgen verwehrt, durch Arbeitsniederlegung eine Lohnausbeutung durchzuführen. Angesichts dessen wird man versuchen, warum die Industriellen darauf eigentlich sind, den bohrischen Zustand auf ganz Deutschland auszudehnen. Wohin ihr Streben geht, ist in dem Beschlüsse der Vereinigung der Arbeitgeberverbände nachzulesen, worin es heißt: „Wir ziehen einmütig auf dem Standpunkt, daß der... notwendige Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nur möglich ist, wenn die Biedermeierstellung der vor dem Krieg üblichen Arbeitszeit ermöglicht wird...“ Das heißt nichts weniger als die Verlängerung der jetzigen Arbeitszeit um eine, zwei, drei und noch mehr Stunden den Tag. Freilich, dergleichen fordern die Arbeitgeber, ungewöhnliche Patrioten, die sie sind, nicht für sich, sondern für den — Wiederaufbau der Wirtschaft. Solche Sorge um die Wirtschaft heißt einen fragen, wer denn im höchsten Grade mitwirklich ist an ihrer Zerrüttung. Sind das nicht die, welche den Krieg verlängert haben, die den Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet provozierten, die ihre Gewinne, anstatt für die Verbesserung der technischen Einrichtung zu verwenden, ins Ausland verschoben, die aus reinem Profitgier Raubbau am Produktionsapparat und der Arbeitskraft trieben und treiben? Aber vielleicht ist die Sorge der Arbeitgeber um die deutsche Wirtschaft tatsächlich ehrlich, nur verstehen sie darunter etwas anderes als wir: sie meinen damit möglichst ihr eigenes Geschäft und die Vermehrung ihrer Profitgelegenheit, während wir die deutsche Gesamtirtschaft schlechtthin meinen. Wenn es an dem sein sollte, was sehr wahrscheinlich ist, dann wäre es ein gewichtiger Grund mehr, ihnen die Freiheit, die Schanzzeit nach Belieben zu verlängern, vorzuhalten.

In den nächsten Tagen wird sich der Reichstag mit dem Entwurf eines vorläufigen Gesetzes über die Arbeitszeit zu beschäftigen. Mit den Einzelheiten der Vorlage können wir uns auf engem Raum nicht beschäftigen. Möge es genügen, zu sagen, daß sie unter Verbehaltsung des Grundzuges des Achtstundentages viel mehr Arbeit zu tun ohne Wirtbezahlung gestattet, den Begriff Arbeitsbereitschaft zu dehnen und zu erlauben noch mehr in das Rechtlichen des Unternehmers stellt, ja sogar für Jugendliche die Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit um eine und zwei Stunden gestattet. Kurz, die Gesetzesvorlage stellt fast mit jedem ihrer Paragraphen eine Durchlöcherung des Achtstundentages dar. Und dies, um Interesse von vollständigem Steigerung oder Verbesserung der Gütererzeugung.

Wie Figure zeigt, finden sich unter dem Vorwärts, die Produktion zu steigern, Unternehmer und Gesetzesmacher zusammen. Ehe man an die Ehrlichkeit oder Fälschung dieser Produktionssteigerer glauben kann, müßten sie erst einmal Vorsorge für die Beschaffung der Millionen Erwerbsloser und Auszubildender treffen, dann Bürgerhafter dafür vorschlagen, daß die Früchte der längeren Arbeit auch der Wirtschaft und nicht dem kapitalistischen Privatbeutel zugute kommen. Statt dessen werden immer mehr Leute auf die Straße gehen und durch Lohnminderung und Preissteigerung die Kaufkraft der Massen bis zum tödlichen Verzug und die menschliche Arbeitskraft zum gänzlichen Erliegen gebracht. Diese Tatfrage vernichtet den Glauben an die Ehrlichkeit dieser Wirtschaftsverbesserer.

Es ist wohl kaum nötig, zu sagen, daß die Vertreter der Arbeiterschaft im Reichstage mit dem Antrag jedes Mittels diesen Anschlag auf den Achtstundentag abzuweisen haben. Den Anfang muss gewehrt werden. An den Arbeitern aller Richtungen ist es, ihren Abgeordneten mit letzter Deutlichkeit einzuschärfen, daß es hier nur rücksichtslosen Widerstand geben kann. Und wo es ein Abgeordneter in dieser wichtigen Sache der Arbeiter an Rücksichtslosigkeit fehlen lassen sollte, sollten es die Arbeiter nicht anstreben, gegen ihren Abgeordneten fehlen lassen. Und dies gerade um der Produktionssteigerung willen. Daß diese auch von der Arbeiterschaft einzufordert werden muß, ist hier schon wiederholt dargelegt worden. Es muß dies aber, soll sie gelingen, nicht auf solch plumpen, fragwürdige, die menschliche Arbeitskraft und Schaffensfreude noch vollends vernichtende Weise geschehen. Der Unternehmerschaft wäre es schon aus eignem möglich, die Produktion nachhaltig zu fördern, sie brauchte bloß ihre Möglichkeiten zu benutzen. An der Mitwirkung der Arbeiterschaft wird es gewiß nicht fehlen, sofern sie die Gewissheit gewonnen hat, daß es nicht einmal mehr auf ihre alleinigen Kosten geht. Aber diese Gewissheit fehlt eben. Sie wird bestärkt durch den Krieg gegen den Marxismus, der nichts anderes ist, als ein Krieg gegen die Arbeiterschaft. Dieser Kampf wird von der Unternehmerpresse geschürft, von industriellen Gelde bezahlt, zum besseren Erfolg der Ausbeutung verholfen. Und all die politischen, parlamentarischen und militärischen Machenschaften oder Vorstöße der letzten Zeit dienen nur dem einen Ziele, die Arbeiterschaft noch ärger auszupressen und sie noch fester an die Ziele zu halten.

Rentenmarkt und Goldlöhne

Von Dr. Norbert Einstein

Unser Geschwesen steht an einem Wendepunkt. Von Reichsregierung kommt wertbeständiges Geld in den Verkehr. Aus verschiedenen Gründen war die Wahl eines anderen Zahlungsmittels notwendig. Die Weigerung, Papiermark in Zahlung zu nehmen (Repudiation), hat in den letzten Wochen einen Umsatz angenommen, das das Wirtschaftsleben ganz zusammenzubrechen drohte. Warenhandel, Güterproduktion, Verkehr bedürfen so riesengroßer Summen von Papiermark, daß sie nicht mehr bereitgestellt werden können. Das Verlangen des barthaften Verkehrs bei den Banken hat das noch unterstützt. Jetzt haben sich in der jüngster Zeit im Warenausverkehr die Dollarmarksscheine und die Goldmarksscheine gut eingebürgert, und es ist im Einzelhandel schon üblich geworden, daß der Kunde in den Geschäften eines Rabatts von 5 v. H. an aufwärts tritt, sofern er „Dollar-Schüsse“ oder Goldmarksscheine in Zahlung gibt. Das zeigt schon die trüste Lage der Papiermark; denn hier handelt es sich um den ganz offensichtlichen Ansatz zu einer Zurückweisung der Papiermark als Zahlungsmittel.

Daß Sternsüd des Währungsumschwungs stellt zunächst die Rentenbank in acht. Sie soll im Wert der Goldmark gleichen. Obwohl man ihr die Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel vorwirkt, soll sie das eigentliche Währungsgeld in das Reich werden. Der Staat wird, wenn er nach Ausgabe des ersten Rentenmarktheines seine Papiermark mehr auf Schätzwechselunterlage vor der Reichsbank beauftragt, seine eigenen Verpflichtungen im Rentenmarkt zu erfüllen suchen. Dies kommt er auf Grund eines Vertrags von 1200 Millionen Rentenmark, die er (davon 300 Millionen zinios), den Rest zu 6 v. H. von der Rentenbank erhält.

Die Deutsche Rentenbank wird die Ausgabe haben, dem Verlehr das erforderliche wertbeständige Zahlungsmittel zur Verfügung zu stellen. Auf Grund je eines über 500 Goldmark lautenden Rentenbriefes dürfen von ihr besondere auf Rentenmarkt lautende Geldzeichen, sogenannte Rentenbanknoten, im Betrag von 500 Rentenmark ausgegeben werden. Die Rentenbanknoten sind als eine Zwischenlösung gedacht zur neuen Währung. Durch die Entlastung der Reichsbank soll eine starke Einschränkung des Notenumlaufs herbeigeführt werden. Die Reichsbank soll Rentenbanknoten nach einem sich im Verkehr ergebenden Kurs gegen Rentenbanknoten austauschen, die nach einem vom Finanzminister festzulegenden Kurs an den öffentlichen Kassen als Zahlungsmittel angenommen sind.

Die Rentenmarkt soll Zwischenstufe, Beginn der Wertbeständigkeit im Zahlungsbereich sein. Sie soll direkt ausgegliedert sein, daß sie auf besondere Annahmefähigkeit in den Kreisen der Bankwirtschaft rechnen kann. Sie ist ein zirkulationsfähig gemachter Rentenbrief. Auf den gesamten deutschen Grundbesitz — der städtische Hausbesitz findet Sonderanwendung — werden erststellig Goldhypotheken eingetragen. (Es besteht natürlich noch wie vor weiter, daß die Entente die erste Hypothek auf den deutschen Wirtschaftsbereich fordert.) Industrie, Handel und Banken haben erstrangige Goldobligationen auszustellen. Diese Werte werden in die deutsche Rentenbank eingebracht und dienen als Grundlage für die auszugebenden Rentenmark.

Es ist kein Zweifel, daß damit das Problem noch nicht gelöst ist, denn die Kursfrage wird sein, ob die Rentenmarkt im Wert stabil bleibt. Die amtlichen Stellen hoffen auf Paritätsverbindung mit der Goldmark. Soll sich der Kurs der Rentenbriefe auf 100, so ist das neue Geld stabil. Aber es taucht heute schon die Ansicht auf, daß die niedrige Rente von 5 v. H. zu einem hohen Kurs führen wird. Darüber hinaus aber wird die Bewertung der neuen Mark davon abhängen, ob es wirklich gelingt, die Inflation zum Stillstand zu bringen. Man hat auch darauf aufmerksam gemacht, daß die Rentenmarkt einen entscheidenden Teil ihrer Parität dadurch verlieren wird, daß die Wertbeständigkeitssicherung der einzelnen Länder sich mehren und daß die gesonderte innerpolitische Lage es durchaus inzwischen lässt, ob die Lage der Deutungsbereiche in allen einzelnen Staaten (vor allem auch im besetzten Gebiet) durchgehend ist. Auch mit die Goldanleihe gilt daselbst. Die angekündigte Generaledition mit dem gesamten deutschen Privatdebt, auf der die Ausgabe der Goldanleihe doch bestellt ist, bleibt noch nicht einmal angedeutet, ob sie in Angabe genommen, und wenn jetzt eine große Ausgabe einer Studie der Goldanleihe und die Ausgabe der Rentenbriefe erfolgt, so ist ein allmäßlicher Sturz mit unbedingter Sicherheit zu erwarten. So wird von monden Sachverständigen erwartet. Man muß der Goldanleihe endlich Geduld geben und muß die Hypotheken für die Rentenbriefe wirklich auszahlen. So mündet das Währungssproblem auch hier wieder in die Frage einer entschlossenen Steuerpolitik aus. Währungsfragen sind zum großen Teil Steuerfragen. Es gibt nur eine Lösung des Währungskonflikts: wenn der ungerechtfertigte Substanzzuwachs der Industrie dem Staat wieder zur Verfügung gestellt wird.

Die Kardinalfrage ist, ob der Staat seine Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang zu bringen vermag, ehe der Kredit von 1200 Millionen Goldmark aufgebraucht ist. Wie dringend das ist, zeigt wieder der letzte Defizitausweis der Reichsbank: nur knapp ein Drittel der Ausgaben waren durch Einnahmen gedeckt, der Rest von etwa 200 Millionen Goldmark wurde mit der Rentenpreise „produziert“.

Für die Arbeiterschaft wird die Frage immer dringender. Im weiteren Verlauf der Kreditverteilung werden folgende Punkte entscheiden: Papiermark bleibt im Verkehr und zieht vielleicht aus den neu gebildeten Städten; wenn sie nicht mehr beliebt vermehrt wird, ist sie höher bewertet durchsetzen im Bereich der Wirtschaft, und wenn die neuen Währungspläne nicht als Inflation mit anderen Zielen bezeichnet werden können, so ist durchaus eine Besserbewertung der Papiermark möglich. Man wird, ohne im einzelnen die künftige Währungspolitik übersehen zu können, zum mindesten verlangen müssen, daß die Lohnrechnung auf dieselbe Grundlage gestellt wird, auf der die Warenpreise stehen. Die Lohnrechnung hat ihren Siegeszug in der deutschen Wirtschaft angetreten. Werden die Goldverpflichtungen immer mehr in Goldmark abgelöst, so ergibt sich als ganz selbstverständliche Forderung, daß der Lohn in Goldmark festgelegt, und solange die Papiermark Zahlungsmittel nicht entweder in Papiermark, im andern Falle in Rentenmarkt ausbezahlt wird, solange Goldzahlungsmittel in genugender Menge stehen. Sich die Goldrevolution in dem Umfang einzutragen, in dem sie jetzt angenommen wird, dann muß in immer größerem Umfang auch der Rentenmarkt ausbezahlt werden.

Auch für die Arbeiterschaft steht bei der Währungsverschaltung, in der wir stehen, alles auf dem Spiel. Das Ziel der Arbeiterschaft muss sein, mit allen Mitteln aus der Verantwortlichkeit des Papiermarkes mit einer ungenügenden, zu späten Bagatelle und seiner zu späten Aufforderung zurückzufallen.

